

**KAPITELVERZEICHNIS**

<b>15. Monetäre Einkommensumverteilung durch den Staat 2010 und 2015</b>	<b>294</b>
15.1 Einleitung	294
15.2 Ausgangsbasis für den Umverteilungsprozess: Die Bruttomarkteinkommen	295
15.3 Monetäre Sozialleistungen	299
15.4 Sozialabgaben und Einkommensteuer	303
15.5 Monetäre Einkommensumverteilung	306
15.6 Steuerreform 2015/16	310
15.7 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	313
15.8 Literaturhinweise	314
Anhang – Methode und Datengrundlage	316

### 15. MONETÄRE EINKOMMENS- UMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT 2010 UND 2015

#### 15.1 Einleitung

In Österreich ist die Verteilung der Markteinkommen zwischen 2000 und 2010 deutlich ungleicher geworden<sup>162</sup>. Wie in den jüngsten WIFO-Umverteilungsstudien<sup>163</sup> ausführlich dargelegt, ist auch die Ungleichheit nach Umverteilung durch Steuern, Sozialabgaben und öffentliche Geld- und Sachleistungen – die in der ersten Hälfte des Jahrzehnts stabil geblieben war – zwischen 2005 und 2010 erheblich gestiegen. In der vorliegenden Studie wird ausgehend von den Markteinkommen die Umverteilungswirkung des Steuer- und Transfersystems im Jahr 2015 auf der Grundlage der Daten des EU-SILC und des WIFO-Mikrosimulationsmodells untersucht und mit den Ergebnissen für das Jahr 2010 verglichen. Der Beitrag soll in erster Linie folgende Fragen beantworten: (1) Wie hat sich die Markteinkommensverteilung zwischen 2010 und 2015 entwickelt? (2) Wie verteilen sich die öffentlichen monetären Sozialleistungen auf die privaten Haushalte? (3) Ist das Abgabensystem progressiver geworden? (4) Hat sich die Umverteilungswirkung des Abgaben- und Transfersystems in den Krisenjahren 2010-2015 verstärkt oder abgeschwächt? (5) Inwiefern sind von der Steuerreform 2015/16 Änderungen im Umverteilungsprozess zu erwarten?

Die Ausgangsbasis der Untersuchung bilden die Bruttomarkteinkommen der privaten Haushalte in Österreich. Diese setzen sich aus den Erwerbs- und Vermögenseinkommen zusammen und schließen wie in den oben genannten Studien auch die imputierten Mieten, also den Mietwert des selbstgenutzten Eigentums, ein. Um die Wirkungen des Abgaben- und Transfersystems auf die Einkommensverteilung zu analysieren, wird zunächst die Verteilung der Markteinkommen, dann jene der Gesamteinkommen (Markteinkommen einschließlich monetäre öffentliche Sozialleistungen) und schließlich jene der verfügbaren Einkommen (Gesamteinkommen abzüglich Sozialabgaben und Einkommensteuer) nach Einkommensquantilen (Dezile und Terzile) des Haushaltsbruttogesamteinkommens<sup>164</sup> dargestellt (Abbildung 1).

Wie in den oben genannten Umverteilungsstudien handelt es sich auch in diesem Beitrag um die Analyse der vertikalen Umverteilungswirkung innerhalb eines Jahres, also die Veränderung der Einkommenssituation der privaten Haushalte zwischen den Einkommenschichten durch monetäre Sozialleistungen auf der einen und durch Steuern und Abgaben auf der anderen Seite<sup>165</sup>. Indem die Anteile des jeweiligen Einkommens (Markt-, Gesamteinkommen und verfügbares Einkommen), die auf die Haushalte in den einzelnen Einkommensquantilen entfallen, verglichen werden, können Aussagen über die Umverteilungsströme gemacht und die Verteilungs- und Umverteilungswirkungen untersucht werden.

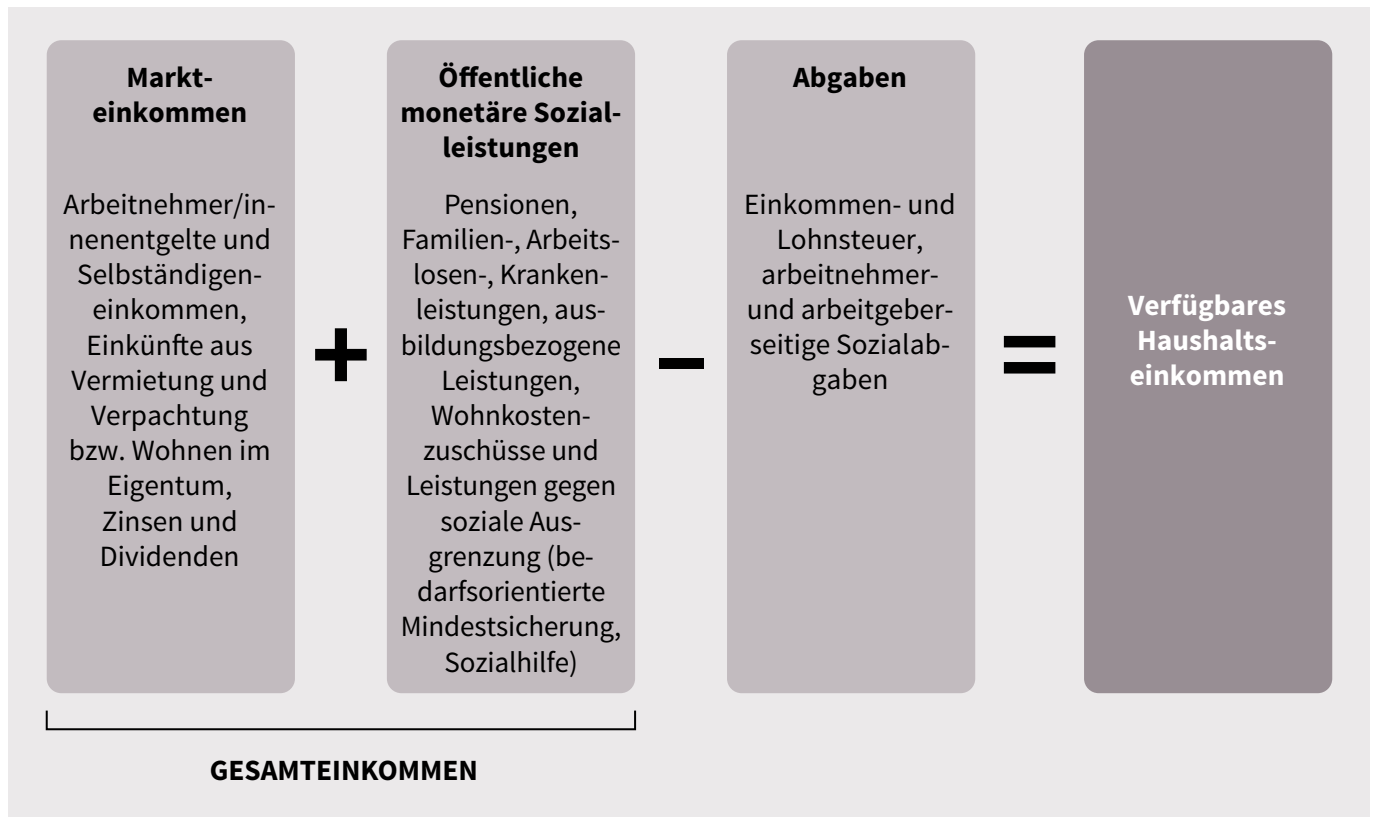
<sup>162</sup> Vgl. Guger - Rocha-Akis (2016).

<sup>163</sup> Vgl. Guger et al. (2009) und Rocha-Akis et al. (2016).

<sup>164</sup> Eine Beschreibung der verwendeten Datenbasis und des methodischen Vorgehens ist im Anhang zu finden.

<sup>165</sup> Davon zu unterscheiden sind Analysen der horizontalen Umverteilung, die den Einfluss von Steuern und/oder Transfers auf die relative Einkommensposition von Haushalten mit unterschiedlichen Merkmalen (etwa mit und ohne Kinder) aber gleichem Einkommen untersucht.

Abbildung 1: Vom Markteinkommen zum verfügbaren Haushaltseinkommen



Q: WIFO.

## 15.2 Ausgangsbasis für den Umverteilungsprozess: Die Bruttomarkteinkommen

Der Ausgangspunkt für die Umverteilungsanalyse sind die Markteinkommen der im Inland ansässigen privaten Haushalte. Abbildung 2 stellt die relativen Anteile der einzelnen Komponenten des Markteinkommens<sup>166</sup> – Arbeitnehmer/innenentgelte, Selbständigeneinkommen<sup>167</sup> und Vermögenseinkommen<sup>168</sup> (einschließlich imputierter Mieten) – für das Jahr 2015 dar.

Die Arbeitnehmer/innenentgelte machen rund 80% der Markteinkommen aus, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Vermögenseinkommen trotz Matching mit den HFCS-Daten nur etwa 62% des entsprechenden Aggregats in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) erfassen und damit deutlich unterschätzt werden<sup>169</sup>. Wie Übersicht 1 zeigt, sind die Markteinkommen äußerst ungleich verteilt: Die 10% einkommensreichsten Haushalte verfügten im Jahr 2015 im Durchschnitt über einen Markteinkommensanteil, der 32 Mal höher war als jener, der auf die 10% einkom-

<sup>166</sup> Alle Einkommen sind äquivalenzgewichtet (s. Anhang).

<sup>167</sup> Hierzu zählen die Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft, Handels- und Gewerbebetrieb, freiberuflicher Tätigkeit, Werkvertrag, freiem Dienstvertrag und sonstige selbständige Einkommen.

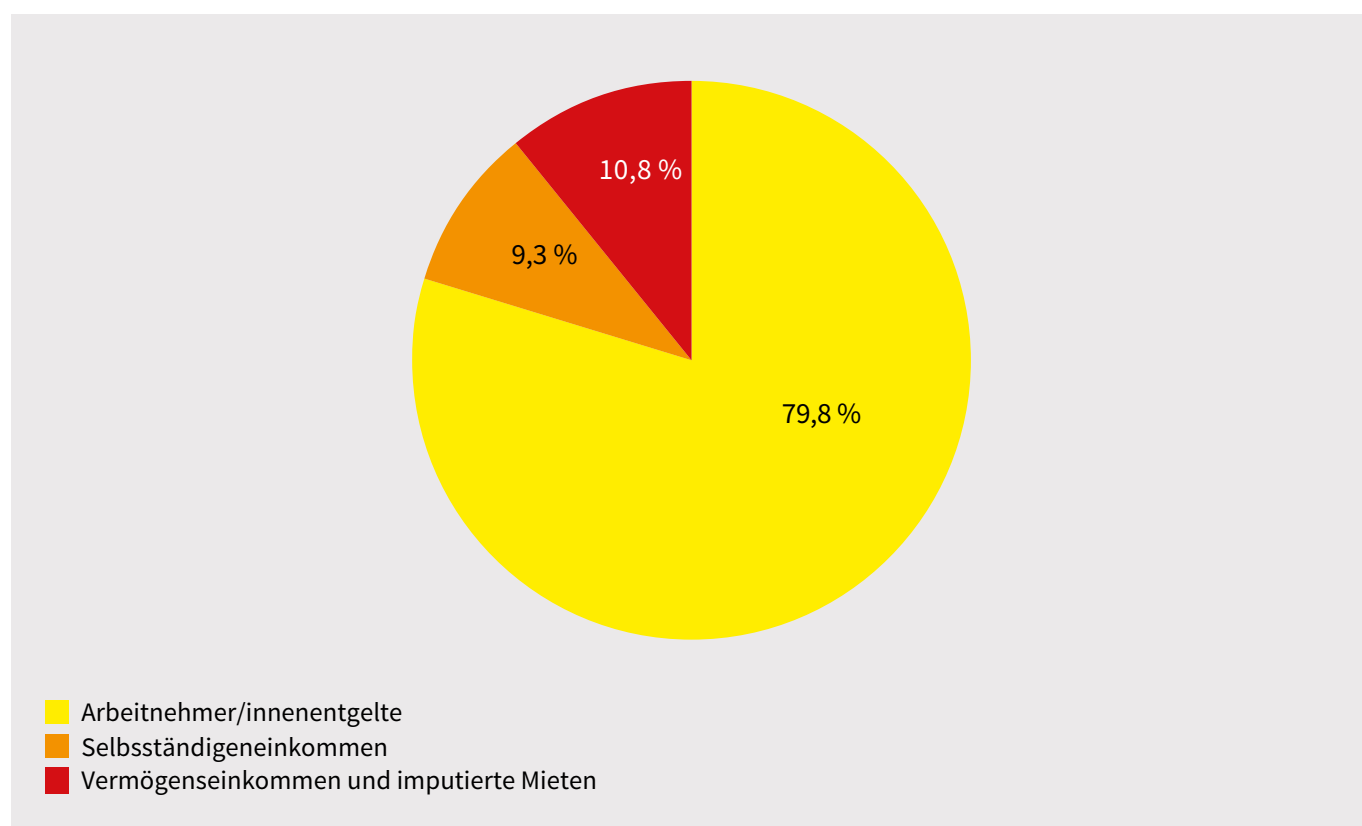
<sup>168</sup> Einkünfte aus Zinsen, Dividenden, Vermietung und Verpachtung.

<sup>169</sup> Vgl. Rocha-Akis – Steiner – Zulehner (2016).

mensärmsten Haushalte entfiel. Auffällig ist auch, dass diese Relation seit 2010 relativ stabil geblieben ist. Die stark gestiegene Spreizung zwischen hohen und niedrigen Markteinkommen in den Vorkrisenjahren (Rocha-Akis et al., 2016) verharrt damit seit 2010 auf hohem Niveau. Diese Beständigkeit ist in erster Linie auf die Verteilung der Arbeitnehmer/innenentgelte zurückzuführen, die sich zwischen 2010 und 2015

kaum verändert hat. Hingegen sind die Anteile der Vermögenseinkommen im obersten Dezil zugunsten jener der Haushalte zwischen dem 5. und dem 9. Dezil gefallen<sup>170</sup>, während die Anteile des Selbständigeneinkommens im oberen Einkommensdrittel deutlich und im unteren Einkommensdrittel leicht auf Kosten der mittleren Einkommensgruppen gestiegen sind.

Abbildung 2: Zusammensetzung des Bruttomarkteinkommens 2015



Q: EU-SILC, HFCS, WIFO-Berechnungen.

Die Berechnung basiert auf absoluten (nicht äquivalenzgewichteten) Euro-Beträgen.

<sup>170</sup> Diese Entwicklung ist auch im Vergleich zwischen 2010 und 2013 (auf Basis nicht hochgerechneter Daten) zu verzeichnen. Ein umfassender Vergleich der Vermögensverteilung zwischen 2010 und 2014 auf der Grundlage der entsprechenden Wellen des HFCS findet sich in Fessler – Lindner – Schürz (2016).

Übersicht 1: Verteilung der Komponenten des Bruttomarkteinkommens

Haushaltsbruttogesamteinkommen	Bruttomarkteinkommen							
	Arbeitnehmer/in-nenentgelte		Selbständigen-einkommen		Vermögens-einkommen und imputierte Mieten		Insgesamt	
	2010	2015	2010	2015	2010	2015	2010	2015
<b>Dezil</b>	<b>Anteile in % (äquivalenzgewichtet)</b>							
1.	0,7	0,7	1,0	1,7	2,7	2,7	1,0	1,0
2.	1,5	1,5	2,6	3,7	5,2	5,2	2,0	2,1
3.	2,5	2,6	5,4	4,0	5,9	5,8	3,2	3,1
4.	3,9	4,1	6,5	5,0	6,9	7,1	4,5	4,6
5.	6,0	6,0	8,3	5,0	7,1	7,5	6,3	6,1
6.	8,3	8,5	7,4	8,1	8,3	9,0	8,2	8,5
7.	11,4	11,3	7,2	8,3	8,8	9,1	10,7	10,8
8.	15,1	14,7	10,2	8,4	9,4	10,2	13,9	13,6
9.	19,9	19,3	12,8	14,1	12,4	12,5	18,3	18,0
10.	30,8	31,3	38,6	41,7	33,3	31,0	31,9	32,3
<b>Terzil</b>								
1.	5,9	6,0	10,9	11,0	16,0	16,0	7,6	7,6
2.	24,2	24,6	25,1	22,0	25,8	27,2	24,4	24,6
3.	70,0	69,4	64,0	67,1	58,3	56,9	67,9	67,8
<b>Insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
	<b>in Mrd. EUR (nicht äquivalenzgewichtet)</b>							
<b>Insgesamt</b>	<b>130,4</b>	<b>155,7</b>	<b>17,5</b>	<b>18,2</b>	<b>19,6</b>	<b>21,2</b>	<b>167,6</b>	<b>195,1</b>
	<b>Verteilungsmaße (äquivalenzgewichtet)</b>							
<b>Gini</b>	<b>0,42</b>	<b>0,41</b>	<b>0,57</b>	<b>0,66</b>	<b>0,58</b>	<b>0,57</b>	<b>0,52</b>	<b>0,53</b>
<b>Perzentilrelationen</b>								
<b>P90/P10</b>	17,43	14,67	62,00	115,82	118,78	96,23	31,13	33,73
<b>P90/P50</b>	2,24	2,25	3,84	5,23	2,33	2,27	2,88	2,86
<b>P10/P50</b>	0,13	0,15	0,06	0,05	0,02	0,02	0,09	0,09

Q: EU-SILC, HFCS, WIFO-Berechnungen.

Äquivalenzgewichtung nach der EU-Skala (s. Anhang).

Dezile und Terzile des Bruttoäquivalenzgesamteinkommens der privaten Haushalte (Summe aus Markteinkommen und staatlichen und privaten Transfers).

Getrieben wurde diese Entwicklung durch eine kräftige Zunahme im Anteil der Personen mit Selbständigen-einkommen in den unteren Einkommensdezilen und einem leichten Rückgang im oberen Einkommensdezil

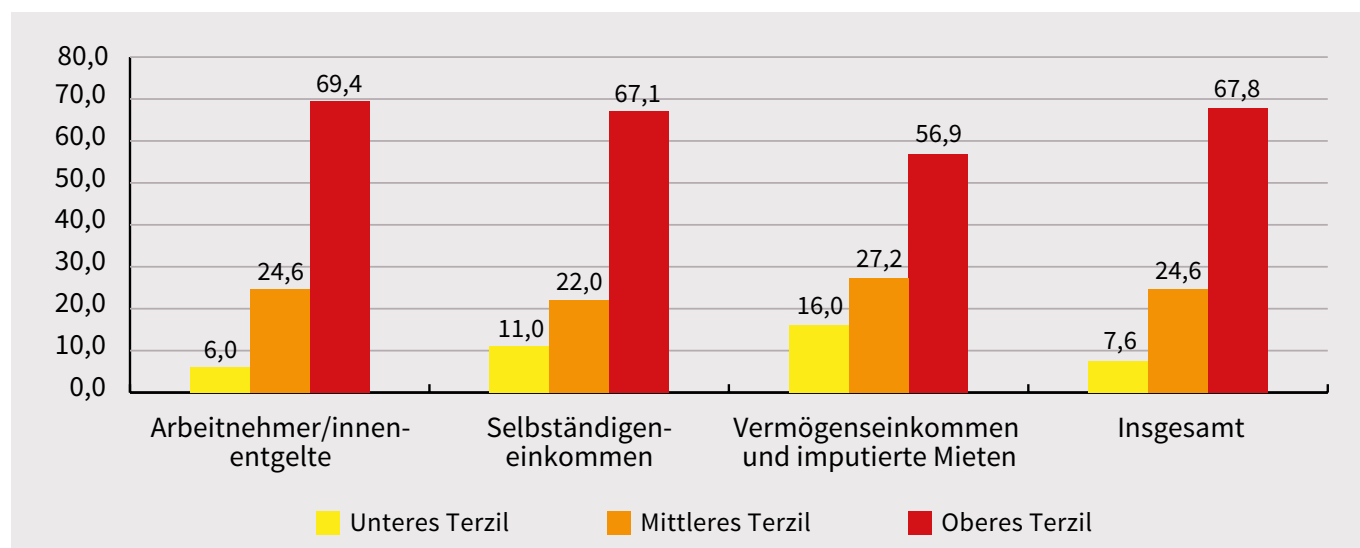
(s. Übersicht A im Anhang). In Summe haben sich die Änderungen in der Verteilung der Selbständigen- und Vermögenseinkommen gegenseitig größtenteils aufgehoben, sodass die Verteilung der Markteinkommen

zwischen 2010 und 2015 praktisch unverändert geblieben ist. Auf das untere Einkommensdrittel entfielen 2015 7,6% (+/- 0,0 Prozentpunkte (PP)), auf das mittlere 24,6% (+0,2 PP) und auf das obere 67,8% (-0,1 PP) (Abbildung 3). Der Gini-Koeffizient, der vor allem auf Veränderungen in der Mitte der Verteilung reagiert, deutet insbesondere aufgrund der ungleicheren Verteilung der Selbständigeneinkommen tendenziell auf einen leichten Anstieg der Ungleichheit in der Verteilung der Markteinkommen zwischen 2010 und 2015 hin (2010: 0,52; 2015: 0,53). Werden als Ungleichheitsmaße die Dezilverhältnisse, die die Relation zwischen zwei Punkten in der Einkommensverteilung darstellen, herangezogen, zeigt sich ein etwas differenzierteres Bild:

Während sich die Ungleichheit der Markteinkommen sowohl in der oberen als auch in der unteren Einkommenshälfte (laut der Maße P90/P50 und P10/P50) auch

hier relativ stabil darstellt, deutet das Verhältnis P90/P10 – der obere Grenzwert des Einkommens im 9. Dezil relativ zu jenem im 1. Dezil – auf eine gestiegene Spreizung der Einkommen an den Rändern der Verteilung hin. Konkret erhöhte sich diese Relation von 31,1 auf 33,7 (Übersicht 1). Dies entspricht einem Anstieg von etwa 8%. Verantwortlich dafür sind auch hier die deutlich ausgeprägten Veränderungen im Bereich der Selbständigeneinkommen: Das Verhältnis P90/P10 stieg zwischen 2010 und 2015 in diesem Fall von 62,0 auf 115,8 (+86,8%). Hingegen reduzierte sich dieses Verhältnis für die Vermögenseinkommen (einschließlich imputierter Mieten) von 118,8 auf 96,2 (-19% und für die Arbeitnehmer/innenentgelte von 17,4 auf 14,7 (-15,5%) (Übersicht 1). Über die Entwicklung in der Verteilung der jeweiligen Einkommensquellen jenseits des 9. Dezils lassen die verwendeten Daten keine eindeutigen Schlüsse zu<sup>171</sup>.

Abbildung 3: Verteilung der Komponenten des Bruttomarkteinkommens nach Terzilen 2015, in %



Q: EU-SILC, HFCS, WIFO-Berechnungen.

Die Berechnung basiert auf nach der EU-Skala äquivalenzgewichteten Werten.

Terzile des Bruttoäquivalenzgesamteinkommens der privaten Haushalte (Summe aus Markteinkommen und staatlichen und privaten Transfers).

<sup>171</sup> Vgl. Eckerstorfer et al. (2013) und Humer et al. (2014). Zudem sind die Dezilrelationen aufgrund der Untererfassung der Vermögenseinkommen als Untergrenze anzusehen.

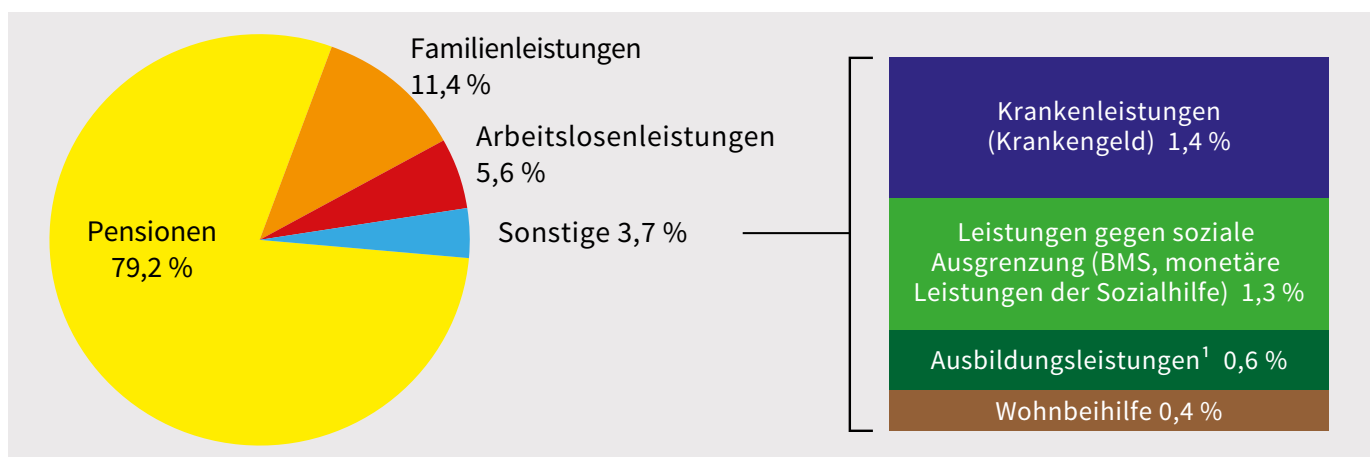
### 15.3 Monetäre Sozialleistungen

Der Großteil der staatlichen Umverteilung findet durch monetäre und reale Sozialleistungen statt<sup>172</sup>. Diese Transfers tragen dazu bei, dass sich das Bruttoeinkommen deutlich gleichmäßiger verteilt als das Markteinkommen. Im Gegensatz zu den großen WIFO-Umverteilungsstudien<sup>173</sup> werden im vorliegenden Beitrag ausschließlich die monetären Sozialleistungen berücksichtigt, da die Quantifizierung und Zurechnung der öffentlichen Sachleistungen wie etwa der Besuch einer Schule oder die Versorgung während eines Krankenhausaufenthalts auf die privaten Haushalte mit erheblichem Mehraufwand verbunden wäre und daher den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Die öffentlichen Sachleistungen verbessern tendenziell die Lage der markteinkommensschwachen Haushalte. In Rocha-Akis et al. (2016) macht das Volumen der berücksichtigten monetären Sozialleistungen für das Jahr 2010 etwa die Hälfte des Volumens der gesamten berücksichtigten sozial- und wohlfahrtsstaatlichen

Leistungen aus. Besonders im Bereich Gesundheit und Bildung spielen universelle Sachleistungen (wie etwa der Besuch öffentlich finanzierter Schulen und anderer Bildungseinrichtungen, Krankenhausleistungen und sonstige ambulante und stationäre Leistungen) eine wichtige Rolle, da alle Haushalte diese unabhängig von ihrem Einkommen gleichermaßen in Anspruch nehmen können und demnach ihre relative Bedeutung für Haushalte mit niedrigem Einkommen wesentlich höher ist als für einkommensstärkere Haushalte.

Die in diesem Beitrag berücksichtigten Transfers umfassen im Wesentlichen die monetären Alters-, Familien-, Arbeitslosen-, Kranken-, Ausbildungsleistungen sowie die Leistungen gegen soziale Ausgrenzung (Bedarfsorientierte Mindestsicherung und andere monetäre Leistungen der Sozialhilfe) und die Wohnbeihilfe. Das für das Jahr 2015 hochgerechnete Gesamtvolumen dieser Transfers beträgt rund 64,7 Mrd. EUR und liegt damit um 18,4% höher als 2010 (54,7 Mrd. EUR).

Abbildung 4: Zusammensetzung der monetären öffentlichen Sozialleistungen 2015



Q: EU-SILC, WIFO-Berechnungen.

Berechnungen basieren auf absoluten (nicht-äquivalenzgewichteten) Euro-Beträgen.

<sup>1</sup> Ausbildungsleistungen enthalten Stipendien sowie Schülerbeihilfen. BMS steht für Bedarfsorientierte Mindestsicherung.

<sup>172</sup> Vgl. Guger et al. (2009) und Rocha-Akis et al. (2016).

<sup>173</sup> Guger (1987, 1996), Guger et al. (2009), Rocha-Akis et al. (2016).

Die Altersleistungen, in denen die Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätspensionen der gesetzlichen Pensionsversicherung und der Beamtensysteme zusammengefasst werden, machten 2015 mit rund 79% den größten Anteil der gesamten berücksichtigten monetären Sozialleistungen aus<sup>174</sup> (Abbildung 4). Das erfasste Volumen erhöhte sich zwischen 2010 und 2015 um rund 22%. Die Mindestpension (Aufstockung von geringen Pensionen auf den Ausgleichszulagenrichtsatz von 872,31 EUR monatlich) und die Höchstpension (3.226,51 EUR brutto monatlich, ausgenommen ist der Beamtenbereich) tragen dazu bei, dass diese Einkommen gleichmäßiger über die Quantile des Gesamteinkommens verteilt sind als die Arbeitnehmer/innenentgelte. Die Verteilung der Altersleistungen ist zwischen 2010 und 2015, so wie die Verteilung der Pensionsbeziehenden zwischen 2010 und 2013 (s. Übersicht A im Anhang), recht stabil geblieben. Auf das untere Einkommensdrittel entfielen 2015 26,2% (2010: 26,6%), auf das mittlere 39,8% (2010: 39,8%) und auf das obere 34,0% (2010: 33,6%) des gesamten Pensionseinkommens (Übersicht 2). Auf Basis der bisherigen Befunde kann bereits jetzt vorweggenommen werden, dass ausgehend von den Markteinkommen die Pensionen allein aufgrund ihres Volumens und ihrer Verteilung maßgeblich zu einer gleichmäßigeren Verteilung der Einkommen beiträgt.

Die zweitgrößte Gruppe der berücksichtigten monetären Sozialleistungen bilden die Familienleistungen. Zu ihnen zählen die Familienbeihilfe, der Kinderab-

setzbetrag, der Mehrkindzuschlag, das Wochen-, das Kinderbetreuungs- und Schulgeld sowie der staatliche Unterhaltsvorschuss<sup>175</sup>. Ihr Anteil belief sich 2015 auf rund 11% aller öffentlichen Geldleistungen. Im Gegensatz zu den anderen Sozialleistungen ist die Summe der erfassten monetären Familienleistungen zwischen 2010 und 2015 trotz Anhebung der Familienbeihilfe seit 2014 leicht gesunken (-0,7%), während die Anzahl der Kinder in etwa gleich geblieben ist. Auch der Anteil der monetären Familienleistungen an den gesamten monetären Sozialleistungen ist laut den Daten des EU-SILC gesunken (2010:14%; 2013:12%; 2015:11%). Dies dürfte v.a. eine Folge der Änderungen in den Regelungen für den Anspruch auf die Familienbeihilfe im Jahr 2011 sein (Wegfall der Familienbeihilfe für Kinder, die sich in Ausbildung befinden und den 24. Geburtstag erreicht haben; Ersatz der 13. Familienbeihilfe durch das Schulstartgeld für 6-15-Jährige Kinder)<sup>176</sup>. Wie das BMASK (2016) zeigt, sind allerdings die hier nicht berücksichtigten staatlichen Ausgaben für Kinderbetreuungseinrichtungen, die sich 2015 auf knapp 20% der gesamten (monetären und nicht-monetären) Sozialleistungen für Familien und Kinder beliefen, in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen<sup>177</sup>. Insofern führt die Nicht-Berücksichtigung der öffentlichen Sachleistungen wie eingangs erwähnt zu einer verzerrten Darstellung des Umverteilungsprozesses. Da der Großteil der monetären Familienleistungen einkommensunabhängig gewährt wird, wird die Verteilung der Mittel auf die privaten Haushalte im Wesentlichen durch das Vorhandensein und das Alter der Kinder bestimmt. Der

<sup>174</sup> Wie bereits einleitend festgehalten, werden die vertikalen Umverteilungsströme zwischen den Haushalten innerhalb eines Jahres berechnet.

<sup>175</sup> Steuervergünstigungen für Familien wie der Alleinverdiener/Innen-, Alleinerzieher/Innen- und Unterhaltsabsetzbetrag, der Kinderfreibetrag und die Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten werden im Zuge der Simulation der Einkommensteuer (s. Kapitel 4) mit dem WIFO-Mikrosimulationsmodell berücksichtigt.

<sup>176</sup> S. Schratzenstaller (2015A) für eine detaillierte Beschreibung der familienpolitischen Leistungen in Österreich.

<sup>177</sup> Eine umfassende Darstellung der familienpolitischen Ausgaben der öffentlichen Hand sowie deren Verteilung auf die privaten Haushalte im Jahr 2010 findet sich in Rocha-Akis et al. (2016).



leichte Rückgang im Anteil der Familienleistungen im oberen Einkommensdrittel und der entsprechende Anstieg im mittleren und unteren Einkommensdrittel lassen sich dementsprechend in erster Linie durch den verringerten Anteil an Kindern im oberen Terzil erklären (s. Übersicht A im Anhang).

Markante Veränderungen in der Verteilung der monetären Sozialleistungen zwischen 2010 und 2015 sind im Bereich der Leistungen im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit, die 2015 knapp 6% der monetären Sozialleistungen ausmachten (Abbildung 4), zu verzeichnen. Die Leistungen umfassen im Wesentlichen das Arbeitslosengeld, die Notstandshilfe und die Beihilfen zur Deckung des Lebensunterhalts während der Teilnahme an einer Weiterbildung. Waren die Arbeitslosenleistungen bereits 2010 in einem hohen Ausmaß im unteren Drittel der Gesamteinkommensverteilung konzentriert (60,4%), so stieg dieser Anteil zwischen 2010 und 2015 um rund 3 Prozentpunkte (63,3%) bzw. im untersten Einkommensdezil um 6 Prozentpunkte von 22,6% auf 28,7% (Übersicht 2). Dies ist auf den höheren Anteil an Notstandshilfebeziehenden im unteren Terzil zurückzuführen (s. Übersicht A im Anhang). Diese Dynamik dürfte in erster Linie mit der Verfestigung der Arbeitslosigkeit in Zusammenhang stehen, denn die Lohnersatzleistungen, die für die Haushalte im unteren Einkommensbereich eine wichtige Einkommensquelle darstellen<sup>178</sup>, fallen mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit geringer aus und reduzieren das Haushaltseinkommen, sodass die betroffenen Haushalte ihre Position in der Einkommenshierarchie nicht halten können. In Bezug auf das Volumen der erfassten Arbeitslosenleistungen ist zwischen 2010 und 2015 in Relation zu den gesamten monetären Leistungen ein unterdurchschnittlicher Anstieg von 11% festzustellen. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich in dieser Zeit-

periode von 6,9% auf 9,1%, während sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den gesamten Arbeitslosen von 2,7% auf 9,8% mehr als verdreifachte (laut AMS).

Eine noch stärkere Verschiebung in den Anteilen der bezogenen Sozialleistungen zwischen 2010 und 2015 ist in der Kategorie „Sonstige Sozialleistungen“ auf der Ebene der Terzile zu erkennen. Diese Leistungskategorie setzt sich aus den monetären Krankenleistungen (Krankengeld, Unfallrente), der bedarfsorientierten Mindestsicherung bzw. Geldleistungen der Sozialhilfe, den monetären ausbildungsbezogenen Leistungen (Stipendien) und Wohnbeihilfen zusammen und machte in Summe lediglich rund 3,7% (2010: 3,3%) der gesamten monetären Leistungen aus (Abbildung 4). Der Anteil dieser Leistungen, der auf die Haushalte im unteren Einkommensdrittel entfiel, erhöhte sich zwischen 2010 und 2015 von 60,6% auf 65,2% um knapp 5 Prozentpunkte und ging im oberen Einkommensdrittel entsprechend zurück (2010: 17,9%; 2015: 13,7%; Übersicht 2). Obwohl unter der Rubrik „Sonstige Leistungen“ die Leistungen gegen soziale Ausgrenzung die stärkste Dynamik aufwiesen (das erfasste Volumen stieg zwischen 2010 und 2015 von 0,34 Mrd. EUR auf 0,85 Mrd. EUR), gehen die Anteilsverschiebungen ausschließlich auf die ausbildungsbezogenen Leistungen und die Wohnbeihilfe zurück, die sich 2015 stärker im unteren Terzil konzentrierten als 2010.

Sowohl 2010 als auch 2015 kommen rund 30% aller monetären Sozialleistungen den Haushalten im unteren Terzil zugute, rund 38% entfallen auf die Haushalte im mittleren Terzil und knapp 32% auf jene im oberen Terzil (Übersicht 2). Im Vergleich dazu zeigt sich in den Ergebnissen der jüngsten WIFO-Umverteilungsstudie für das Jahr 2010, die auch die öffentlichen Sachleistungen berücksichtigt, dass ein deutlich größerer An-

<sup>178</sup> Vgl. Rocha-Akis et al., 2016.

## 15. MONETÄRE EINKOMMENSUMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT 2010 UND 2015

teil der öffentlichen Sozialleistungen auf das untere Terzil entfällt. Die Anteile der monetären und realen Transfers betragen für die Haushalte im unteren, mittleren und oberen Terzil jeweils 42%, 32% und 26%.

Übersicht 2: Verteilung von monetären Sozialleistungen

Haushaltsbruttogesamteinkommen	Monetäre Sozialleistungen											
	Pensionen		Familienleistungen		Arbeitslosenleistungen		Sonstige		Insgesamt ohne Pensionen		Insgesamt	
	2010	2015	2010	2015	2010	2015	2010	2015	2010	2015	2010	2015
<b>Dezil</b>	<b>Anteile in % (äquivalenzgewichtet)</b>											
1.	3,3	3,1	8,5	9,0	22,6	28,7	28,6	28,3	16,6	19,6	5,7	5,8
2.	8,4	8,1	8,5	8,9	21,4	17,7	17,1	19,9	14,1	14,1	9,4	9,1
3.	11,1	11,1	9,9	9,9	12,0	13,9	12,5	12,8	11,0	11,8	11,1	11,2
4.	12,2	12,6	10,4	11,1	9,3	7,2	8,2	8,7	9,6	9,3	11,7	12,0
5.	11,7	12,8	12,8	13,2	9,1	9,1	7,2	6,3	10,6	10,3	11,5	12,4
6.	12,1	11,0	11,9	11,5	7,0	8,2	5,8	6,5	9,3	9,3	11,6	10,7
7.	11,2	10,7	11,3	11,2	6,1	5,4	5,4	4,5	8,6	7,9	10,7	10,2
8.	10,2	10,6	9,7	10,1	6,2	3,5	6,4	5,1	8,0	6,9	9,8	10,0
9.	9,8	9,8	9,8	9,4	3,8	3,3	4,5	4,7	6,9	6,4	9,3	9,3
10.	10,0	10,4	7,3	5,6	2,3	3,1	4,3	3,2	5,2	4,3	9,2	9,4
<b>Terzil</b>												
1.	26,6	26,2	30,4	31,8	60,4	63,3	60,6	65,2	45,4	49,4	29,9	29,9
2.	39,8	39,8	38,7	39,5	25,3	24,6	21,5	21,1	31,3	30,6	38,3	38,3
3.	33,6	34,0	30,9	28,6	14,3	12,1	17,9	13,7	23,3	20,0	31,8	31,8
<b>Insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
	<b>in Mrd. EUR (nicht äquivalenzgewichtet)</b>											
<b>Insgesamt</b>	<b>42,1</b>	<b>51,3</b>	<b>7,4</b>	<b>7,4</b>	<b>3,3</b>	<b>3,7</b>	<b>1,8</b>	<b>2,4</b>	<b>12,5</b>	<b>13,4</b>	<b>54,7</b>	<b>64,7</b>
	<b>Verteilungsmaße (äquivalenzgewichtet)</b>											
<b>Gini</b>	<b>0,36</b>	<b>0,37</b>	<b>0,33</b>	<b>0,33</b>	<b>0,52</b>	<b>0,50</b>	<b>0,63</b>	<b>0,65</b>	<b>0,43</b>	<b>0,44</b>	<b>0,51</b>	<b>0,52</b>

Q: EU-SILC, HFCS, WIFO-Berechnungen.

Äquivalenzgewichtung nach der EU-Skala (s. Anhang).

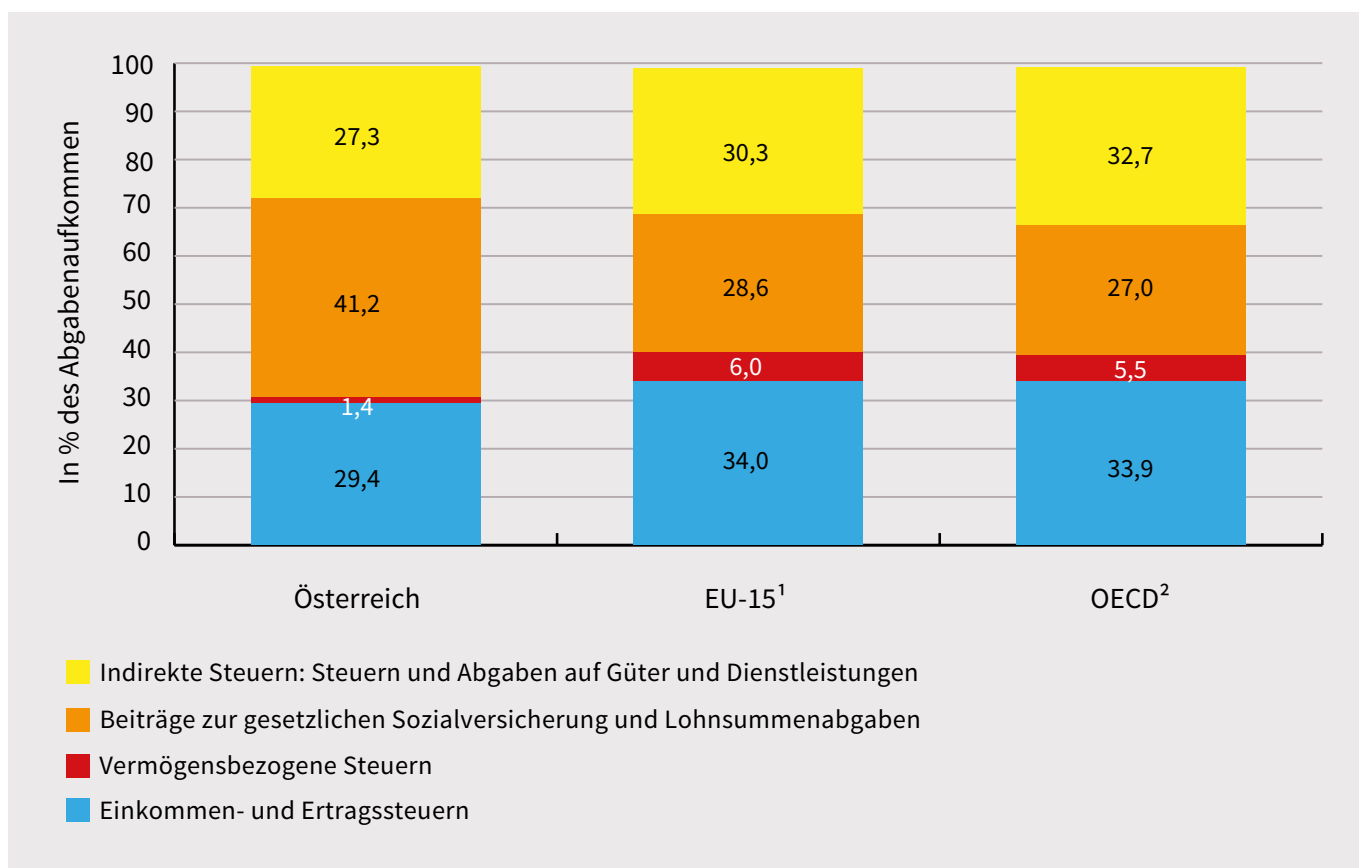
Dezile und Terzile des Bruttoäquivalenzgesamteinkommens der privaten Haushalte (Summe aus Markteinkommen und staatlichen und privaten Transfers).

### 15.4 Sozialabgaben und Einkommensteuer

In Österreich wird der Faktor Arbeit – über Einkommensteuern, Lohnsummen- und Sozialversicherungsabgaben – im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hoch belastet. Insbesondere auf die lohnabhängigen Sozialversicherungsbeiträge legt Österreich ein sehr hohes Gewicht: Die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung und die Lohnsum-

menabgaben machten hier im Jahr 2014 rund 41% des Abgabenaufkommens aus; im Schnitt der EU 15 und der OECD lag der entsprechende Anteil bei rund 29% bzw. 27%. Vermögensbezogene Steuern spielen hingegen in Österreich eine weitaus geringere Rolle als im EU- und OECD-Schnitt: Während im Jahr 2014 in Österreich nur 1,4% des Abgabenaufkommens aus vermögensbezogenen Steuern stammten, betrug der Anteil im Durchschnitt der EU 15 bzw. der OECD 6% bzw. 5,5% (2013) (Abbildung 5).

Abbildung 5: Steuern und Sozialabgaben im internationalen Vergleich 2014



Q: OECD, Revenue Statistics. WIFO-Berechnungen.

Die Differenz auf Hundert beruht auf zwei Positionen, die geringe Anteile haben (Other Taxes and Custom duties collected for the EU).

<sup>1</sup> Ungewichteter Durchschnitt.

<sup>2</sup> 2013er-Werte.

Aufgrund ihrer Abgabenstruktur<sup>179</sup> wirken die Sozialabgaben bezogen auf das Einkommen, auf das sie anfallen, regressiv. So wurden 2010 die Arbeitnehmer/innenentgelte der Haushalte im oberen Einkommensdrittel mit einem effektiven Sozialabgabensatz von rund 31% weniger stark belastet als die Haushalte im unteren und mittleren Einkommensdrittel bei einem entsprechenden Abgabensatz von rund 35% (Guger – Rocha-Akis, 2016). Die Einkommensteuer weist hingegen eine progressive Struktur auf, trägt aber erheblich weniger zum Abgabenaufkommen bei. Bezogen auf die Arbeitnehmer/innenentgelte lag der effektive Lohnsteuersatz für die Haushalte im unteren Einkommensdrittel bei 3%, im mittleren bei 7% und im oberen bei 14%. Während der effektive Abgabensatz auf Unselbständigeneinkommen 2010 im Durchschnitt aller Haushalte gut 43% (effektive durchschnittliche Lohnsteuerleistung 11%, effektiver Sozialabgabensatz 32%) betrug, lag der durchschnittliche effektive Steuersatz auf Einkünfte aus Zinsen und Dividenden bei 25% und jener auf die Erträge aus Vermietung und Verpachtung bei 21% (ebenda).

Aus Übersicht 3 geht hervor, dass die Haushalte im unteren und mittleren Einkommensdrittel 2015 einen höheren anteilmäßigen Beitrag zum Gesamtaufkommen der Einkommensteuer leisteten als 2010<sup>180</sup>. Dies, obwohl sich die Verteilung der Arbeitnehmer/in-

nenentgelte zwischen 2010 und 2015 nur unwesentlich verändert hat und im Jahr 2013 die Solidarabgabe<sup>181</sup> eingeführt wurde. Konkret stieg der Anteil am Einkommensteueraufkommen im unteren Terzil, in dem viele Haushalte über kein oder ein nur geringes Erwerbs- oder Pensionseinkommen verfügen, von 2,4% auf 3,5% und im mittleren Terzil von 20,0% auf 21,8%. Dementsprechend fiel der Anteil im oberen Terzil um knapp 3 Prozentpunkte und betrug 2015 74,7%. Auch die Anteile am Sozialbeitragsaufkommen sind im unteren und mittleren Terzil trotz der außertourlichen Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage zur Sozialversicherung<sup>182</sup> tendenziell gestiegen. Erklären lässt sich dies zum einen dadurch, dass sich der Anteil der Personen mit einem zu versteuernden jährlichen Einkommen über dem Grundfreibetrag von 11.000 EUR im unteren Einkommensdrittel von 16,5% auf 19% erhöht hat (s. Übersicht A im Anhang)<sup>183</sup>. Auch innerhalb dieser Haushalte ist der Anteil der Personen, die Einkommensteuer zahlen, gestiegen. Ein weiterer Grund für den höheren Aufkommensbeitrag der Haushalte im unteren und mittleren Terzil könnte die kalte Progression sein, die an den Übergangsstellen des Einkommensteuertarifs besonders hoch ist und vorwiegend Personen mit mittlerem Einkommen betrifft (Steiner – Wakolbinger, 2015). Die Progressionsmaße von Kakwani (1977) und Suits (1977), deren Werte sich zwischen 2010 und 2015 reduzierten, bestätigen, dass die Progressivität (Haushalte

<sup>179</sup> Beim Überschreiten der Geringfügigkeitsgrenze (2010: monatlich 366,33 EUR; 2015: monatlich 405,98 EUR) unterliegt der gesamte Monatslohn einem weitgehend proportionalen Abgabensatz. Für Einkommensteile über der Höchstbeitragsgrundlage (2010: monatlich 4.110,00 EUR; 2015: monatlich 4.650,00 EUR) fallen keine Beiträge an.

<sup>180</sup> Informationen zur Simulation der Abgaben mit dem WIFO-Mikrosimulationsmodell befinden sich im Anhang.

<sup>181</sup> Bis 2013 wurden Sonderzahlungen (wie der Urlaubszuschuss, die Weihnachtsremuneration und Jubiläumsgelder) mit 6 % begünstigt besteuert. Seitdem wird die begünstigte Besteuerung durch das Stabilitätsgesetz 2012 für Besserverdiener eingeschränkt und es gilt ein eigener progressiver Steuertarif für die sonstigen Bezüge. Korrespondierend dazu wird der Gewinnfreibetrag für die Selbständigen an die Änderung der Besteuerung sonstiger Bezüge angepasst (Schratzstaller, 2015B).

<sup>182</sup> Im Jahr 2013 wurde die Höchstbeitragsgrundlage in der Sozialversicherung um 90,00 EUR monatlich außertourlich (d.h. über die übliche jährliche Aufwertung hinaus) erhöht (ASVG 108 Abs. 3).

<sup>183</sup> Die Verteilung der Personen mit einem sozialversicherungspflichtigen Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze hat sich hingegen zwischen 2010 und 2015 nicht verändert.

Übersicht 3: Verteilung und Progressionswirkung von Sozialbeiträgen und Einkommensteuer

Haushaltsbruttogesamteinkommen	Sozialbeiträge		Einkommensteuer		Sozialbeiträge und Einkommensteuer insgesamt	
	2010	2015	2010	2015	2010	2015
<b>Dezil</b>	<b>Anteile in % (äquivalenzgewichtet)</b>					
1.	0,6	0,6	-0,2	-0,1	0,3	0,3
2.	1,7	1,7	0,1	0,3	1,1	1,2
3.	3,0	3,2	1,6	2,1	2,5	2,8
4.	4,5	4,6	3,1	4,0	4,0	4,3
5.	6,6	6,7	5,0	5,8	6,0	6,3
6.	8,8	9,1	7,1	7,2	8,1	8,3
7.	12,2	12,0	9,0	9,2	11,0	10,9
8.	15,9	15,6	12,5	12,7	14,7	14,4
9.	20,1	20,1	18,8	17,5	19,6	19,1
10.	26,6	26,3	43,0	41,2	32,7	32,4
<b>Terzil</b>						
1.	6,7	7,0	2,4	3,5	5,1	5,5
2.	26,3	26,5	20,0	21,8	23,9	24,6
3.	67,1	66,5	77,6	74,7	71,0	69,9
<b>Insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
	<b>in Mrd. EUR (nicht äquivalenzgewichtet)</b>					
<b>Insgesamt</b>	<b>43,7</b>	<b>51,8</b>	<b>24,6</b>	<b>33,8</b>	<b>68,3</b>	<b>85,6</b>
	<b>Verteilungsmaße (äquivalenzgewichtet)</b>					
<b>Gini</b>	<b>0,52</b>	<b>0,52</b>	<b>0,54</b>	<b>0,52</b>	<b>0,51</b>	<b>0,50</b>
	<b>Progressionsmaße (äquivalenzgewichtet)</b>					
<b>Kakwani</b>	<b>0,095</b>	<b>0,094</b>	<b>0,214</b>	<b>0,193</b>	<b>0,131</b>	<b>0,123</b>
<b>Suits</b>	<b>0,080</b>	<b>0,079</b>	<b>0,246</b>	<b>0,222</b>	<b>0,135</b>	<b>0,127</b>

Q: EU-SILC, HFCS, WIFO-Berechnungen.

Äquivalenzgewichtung nach der EU-Skala (s. Anhang).

Sozialbeiträge setzen sich aus Arbeitnehmer/innen- und Arbeitgeber/innenanteil zusammen.

Dezile und Terzile des Bruttoäquivalenzgesamteinkommens der privaten Haushalte (Summe aus Markteinkommen und staatlichen und privaten Transfers).

mit zunehmenden Einkommen führen einen höheren prozentualen Anteil ihres Einkommens als Abgabe ab) von Einkommensteuer und Sozialabgaben im betrachteten Zeitraum nachgelassen hat<sup>184</sup>. Dies ist ausschließlich auf die schwächere Progressionswirkung der Einkommensteuer zurückzuführen; jene der Sozialabgaben blieb nahezu unverändert (Übersicht 3).

An dieser Stelle sei noch einmal explizit darauf hingewiesen, dass die Konsumsteuern, die zu den aufkommensstärksten Steuern zählen, und sich durch ihre regressive Abgabenstruktur auszeichnen, aufgrund der fehlenden Verfügbarkeit rezenter Konsumerhebungsdaten aus der Betrachtung ausgeklammert werden mussten. Wie Rocha-Akis – Steiner – Zulehner (2016) zeigen, fiel 2010 die Belastung durch indirekte Steuern für die Haushalte im 1. Dezil mit rund 21% des Bruttogesamteinkommens am höchsten aus und sank zwischen dem 2. und 10. Dezil kontinuierlich auf rund 5% des Bruttogesamteinkommens.

### 15.5 Monetäre Einkommensumverteilung

Wie in Kapitel 2 bereits erwähnt, ist die Konzentration des Bruttomarkteinkommens beträchtlich. Auf die 10% der einkommensschwächsten Haushalte entfiel im Jahr 2015 1% während auf die 10% der einkommensstärksten Haushalte 32% des gesamten Bruttomarkteinkommens entfielen. Die Einkommensanteile im unteren, mittleren und oberen Einkommensdrittel betragen jeweils rund 8%, 25% und 68%. Der Gini-Koeffizient der Markteinkommen lag bei 0,53.

Werden die Bruttopensionen zu den Bruttomarkteinkommen addiert, steigen die Einkommensanteile im unteren und mittleren Einkommensdrittel um 4,5 bzw. 3,7 Prozentpunkte; der Gini-Koeffizient fällt deutlich um 0,16 Punkte auf das gleiche Niveau wie 2010 (0,37). Bis zum 7. Dezil steigen die Einkommensanteile der Haushalte durch die Hinzurechnung der Pensionen relativ zu jenen des Bruttomarkteinkommens (Übersicht 4).

Durch die zusätzliche Berücksichtigung der übrigen monetären Sozialleistungen steigen die Einkommensanteile im unteren Einkommensdrittel 2015 noch einmal um 2,5 Prozentpunkte auf 14,6%. Grund dafür sind vorwiegend die Umverteilungswirkungen durch die Arbeitslosenversicherungsleistungen, von denen insbesondere die Haushalte in den unteren drei Dezilen betroffen sind. Von den quantitativ wesentlich gewichtigeren monetären Universalleistungen im Rahmen der Familienpolitik profitieren hingegen alle Haushalte mit Kindern in ähnlichem Ausmaß, sodass ausschließlich die Haushalte im oberen Einkommensdrittel, die in der äquivalisierten Darstellung 2015 einen geringeren Anteil an Kindern aufweisen als 2010, Einkommensanteile verlieren (-2,4 Prozentpunkte). Die bedarfsgeprüften Leistungen wirken zwar stark von oben nach unten umverteilend, haben aber aufgrund ihres geringen Volumens nur einen geringen Effekt auf die Ungleichheitsreduktion. In Summe fällt der Gini-Koeffizient vom Übergang des Bruttomarkteinkommens einschließlich Pensionen (Primäreinkommen) zum Primäreinkommen einschließlich aller monetären Sozialleistungen (Bruttogesamteinkommen) nur um 0,02 Punkte auf 0,35 (Übersicht 4).

<sup>184</sup> Der Kakwani-Index ist definiert als Differenz zwischen dem Konzentrationskoeffizienten der Abgabe bezogen auf das Bruttoeinkommen und dem Gini-Koeffizienten des Bruttoeinkommens. Für ein progressives Abgabensystem ist der Kakwani-Index größer als 0, für ein regressives System kleiner als 0. Ein Wert von 0 impliziert ein proportionales Abgabensystem. Der Suits-Index misst unmittelbar die Konzentration der Abgabenlast bezogen auf die Konzentration der Bruttoeinkommen. Dadurch ist sein Wertebereich normiert auf +1 bei vollständiger Abgabenprogression und 1 bei vollständiger Regression.

Übersicht 4: Monetäre Einkommensumverteilung

Haushaltsbruttogesamteinkommen	Bruttomarkteinkommen		Bruttomarkteinkommen und Pensionen		Bruttogesamteinkommen (Bruttomarkteinkommen einschl. monetäre Sozialleistungen)		Verfügbares Einkommen (Bruttogesamteinkommen abzüglich Einkommensteuer, KEST und Sozialbeiträge)	
	2010	2015	2010	2015	2010	2015	2010	2015
<b>Dezil</b>	<b>Anteile in % (äquivalenzgewichtet)</b>							
1.	1,0	1,0	1,5	1,5	2,5	2,6	3,3	3,5
2.	2,0	2,1	3,6	3,5	4,3	4,3	5,5	5,6
3.	3,2	3,1	5,1	5,1	5,6	5,6	6,7	6,9
4.	4,5	4,6	6,3	6,5	6,6	6,7	7,7	7,8
5.	6,3	6,1	7,6	7,7	7,8	7,9	8,6	8,7
6.	8,2	8,5	9,1	9,1	9,1	9,0	9,6	9,6
7.	10,7	10,8	10,8	10,8	10,4	10,4	10,7	10,7
8.	13,9	13,6	13,0	12,8	12,4	12,1	12,1	11,9
9.	18,3	18,0	16,2	16,0	15,3	15,1	14,1	13,9
10.	31,9	32,3	26,7	27,0	26,1	26,3	21,7	21,6
<b>Terzil</b>								
1.	7,6	7,6	12,1	12,1	14,5	14,6	16,4	18,4
2.	24,4	24,6	28,1	28,3	28,2	28,2	31,1	30,6
3.	67,9	67,8	59,8	59,6	57,4	57,2	52,5	51,0
<b>Insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
	<b>in Mrd. EUR (nicht äquivalenzgewichtet)</b>							
<b>Insgesamt</b>	<b>167,6</b>	<b>195,1</b>	<b>209,7</b>	<b>246,4</b>	<b>223,9</b>	<b>261,5</b>	<b>147,9</b>	<b>168,1</b>
	<b>Verteilungsmaße (äquivalenzgewichtet)</b>							
<b>Gini</b>	<b>0,52</b>	<b>0,53</b>	<b>0,37</b>	<b>0,37</b>	<b>0,35</b>	<b>0,35</b>	<b>0,28</b>	<b>0,27</b>
<b>Perzentilrelationen</b>								
<b>P90/P10</b>	31,128	33,727	6,128	6,206	5,090	5,160	3,486	3,301
<b>P90/P50</b>	2,878	2,856	2,193	2,184	2,118	2,122	1,769	1,732
<b>P10/P50</b>	0,092	0,085	0,358	0,352	0,416	0,411	0,508	0,525

Q: EU-SILC, HFCS, WIFO-Berechnungen.

Äquivalenzgewichtung nach der EU-Skala (s. Anhang).

Sozialbeiträge setzen sich aus Arbeitnehmer/innen- und Arbeitgeber/innenanteil zusammen.

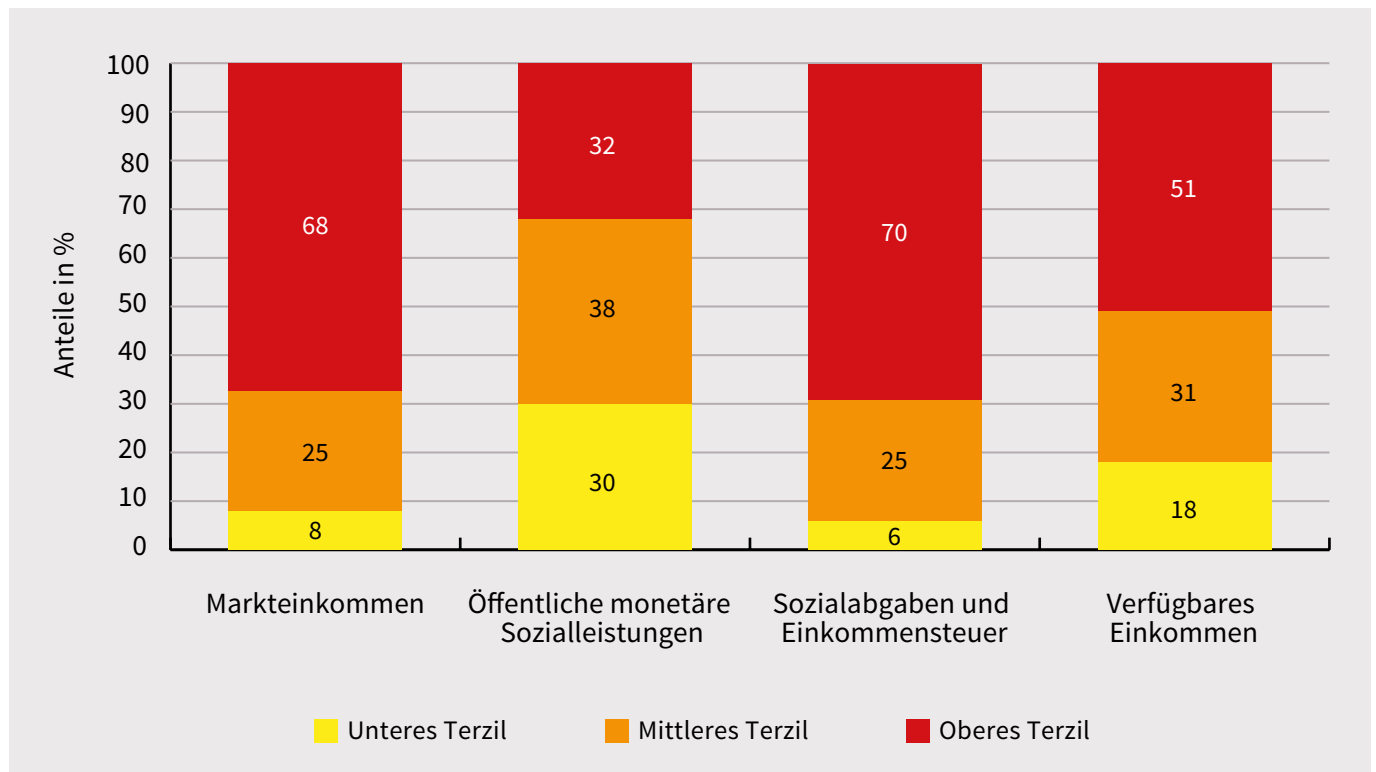
Dezile und Terzile des Bruttoäquivalenzgesamteinkommens der privaten Haushalte (Summe aus Markteinkommen (Erwerbs- und Vermögenseinkommen) und staatlichen und privaten Transfers).

Schließlich stellen die letzten beiden Spalten in Übersicht 4 den Umverteilungseffekt durch Sozialbeiträge und Einkommensteuer dar. Obwohl es zwischen 2010 und 2015 keine nennenswerten Reformen im Bereich der Einkommensteuer und der Sozialabgaben gegeben hat und die Verteilung der Arbeitnehmer/innenentgelte relativ stabil geblieben ist, stieg der Anteil des Einkommens nach Sozialabgaben und Einkommensteuer im unteren Terzil zwischen 2010 und 2015 von 16,4% auf 18,4%. Das mittlere und obere Terzil verloren entsprechend Anteile. Der Gini-Koeffizient sank beim Übergang vom Bruttogesamteinkommen zum verfügbaren Einkommen 2015 um 0,08 Punkte auf 0,27. Gleichzeitig deuten Progressionsmaße für 2015 auf eine weniger progressive Wirkung der Einkommensteuer als 2010 hin (Kapitel 4). Interessanterweise geht diese Entwicklung mit einem höheren Beitrag zum Abgabenaufkommen bzw. einem höheren Anteil an Personen mit einem zu versteuernden Einkommen über dem Grundfreibetrag im unteren und mittleren Einkommensdrittel einher (s. Kapitel 4). Der Anteil am Abgabenaufkommen der Haushalte im oberen Einkommensdrittel ist hingegen gefallen.

Abbildung 6 fasst den Umverteilungseffekt nach Terzilen des Gesamteinkommens bildhaft zusammen. Die Haushalte im unteren Einkommensdrittel erhielten 2015 8% des Markteinkommens und 18% des verfügbaren Einkommens; auf das mittlere Einkommensdrittel entfielen 25% des Markteinkommens und 31% des verfügbaren Einkommens; die Haushalte im oberen Einkommensdrittel verfügten über 68% der Markteinkommen und 51% des verfügbaren Einkommens. Im Vergleich zu den Ergebnissen der jüngsten WIFO-Umverteilungsstudie für das Jahr 2010, die auch die Umverteilung durch öffentliche Sachleistungen berücksichtigt, sind die öffentlichen Transfers, wenn nur die monetären Sozialleistungen in Betracht gezogen werden, deutlich gleichmäßiger auf die Terzile verteilt. Auf die Haushalte im mittleren Terzil entfiel mit 38% der größte Anteil der monetären Sozialleistungen, gefolgt von den Haushalten im oberen Terzil (32%) und im unteren Terzil (30%). Der Anteil der Sozialabgaben und Einkommensteuer ist hingegen in den einzelnen Terzilen weitgehend proportional zum Anteil der Markteinkommen (1. Terzil: 6%; 2. Terzil: 25%; 3. Terzil: 70%).



Abbildung 6: Gesamteffekt der monetären Umverteilung nach Terzilen 2015



Q: EU-SILC, HFCS, WIFO-Berechnungen.

Berechnungen basieren auf nach der EU-Skala äquivalenzgewichteten Werten.

Terzile des Bruttoäquivalenzgesamteinkommens der privaten Haushalte (Summe aus Markteinkommen (Erwerbs- und Vermögenseinkommen) und staatlichen und privaten Transfers).

Übersicht 5 stellt abschließend die Entwicklung der Ungleichheit Österreichs im internationalen Vergleich dar. Ersichtlich ist, dass sich Österreich hinsichtlich der Entwicklung der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen (gemessen anhand des Gini-Koeffizienten) in den Krisenjahren 2010 bis 2015 dadurch aus-

zeichnet, dass deren Ungleichheit nicht gestiegen ist. Im Gegenteil gehört Österreich gemeinsam mit Großbritannien, Belgien und Finnland zu jenen Ländern, in denen der Gini-Koeffizient zwischen 2010 und 2015 gefallen ist.

Übersicht 5: Vergleich der Gini-Koeffizienten des verfügbaren Äquivalenzeinkommens der EU-15

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Veränderung 2010-2015 <sup>1</sup> in PP
	in %						
<b>EU-15</b>	30,6	30,9	30,4	30,5	30,9	n.v.	+0,3
<b>EU-28</b>	30,5	30,8	30,4	30,5	30,9	n.v.	+0,4
<b>Belgien</b>	26,6	26,3	26,5	25,9	25,9	26,2	-0,4
<b>Dänemark</b>	26,9	26,6	26,5	26,8	27,7	27,4	+0,5
<b>Deutschland</b>	29,3	29,0	28,3	29,7	30,7	n.v.	+1,4
<b>Finnland</b>	25,4	25,8	25,9	25,4	25,6	25,2	-0,2
<b>Frankreich</b>	29,8	30,8	30,5	30,1	29,2	n.v.	-0,6
<b>Griechenland</b>	32,9	33,5	34,3	34,4	34,5	34,2	+1,3
<b>Großbritannien</b>	32,9	33,0	31,3	30,2	31,6	32,4	-0,5
<b>Italien</b>	31,7	32,5	32,4	32,8	32,4	n.v.	+0,7
<b>Irland</b>	30,7	29,8	29,9	30,0	30,8	n.v.	+0,1
<b>Luxemburg</b>	27,9	27,2	28,0	30,4	28,7	n.v.	+0,8
<b>Niederlande</b>	25,5	25,8	25,4	25,1	26,2	26,4	+0,9
<b>Österreich</b>	28,3	27,4	27,6	27,0	27,6	27,2	-1,1
<b>Portugal</b>	33,7	34,2	34,5	34,2	34,5	34,0	+0,3
<b>Schweden</b>	24,1	24,4	24,8	24,9	25,4	n.v.	+1,3
<b>Spanien</b>	33,5	34,0	34,2	33,7	34,7	34,6	+1,1

Q: Eurostat.

PP steht für Prozentpunkte.

n.v. steht für nicht vorhanden.

<sup>1</sup> bzw. letztverfügbares Jahr

## 15.6 Steuerreform 2015/16

Am 7. Juli 2015 wurde das Steuerreformgesetz 2015/16 mit dem Ziel beschlossen, Lohn- und Einkommensteuerpflichtige spürbar zu entlasten<sup>185</sup>. Das WIFO hat auf Basis seines Mikrosimulationsmodells eine Ex-ante Evaluierung der Verteilungs- und Aufkommenswirkungen dieser Reform vorgenommen (Rocha-Akis, 2015).

Die in der Simulation berücksichtigten Änderungen in den steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Regelungen werden in Übersicht 6 dargestellt, in dem die Regelungen vor (Basisszenario) und nach (Reform-szenario) Einführung der Steuerreform gegenübergestellt werden.

<sup>185</sup> Eine Auflistung der beschlossenen Maßnahmen und deren Volumen findet sich in Schratzenstaller (2015B).

Übersicht 6: In der Simulation berücksichtigte Veränderungen der steuerrechtlichen Regelungen durch die Steuerreform 2015/16

2016	Basisszenario		Reformszenario	
	Zu versteuernde Einkommensteile (Jahreseinkommen) in EUR	Nomineller Steuersatz in %	Zu versteuernde Einkommensteile (Jahreseinkommen) in EUR	Nomineller Steuersatz in %
<b>Einkommenssteuertarif<sup>1</sup></b>	0 bis 11.000	0,0	0 bis 11.000	0,0
	11.001 bis 25.000	36,5	11.001 bis 18.000	25,0
	25.001 bis 60.000	43,214	18.001 bis 31.000	35,0
	Ab 60.001	50,0	31.001 bis 60.000	42,0
			60.001 bis 90.000	48,0
			90.001 bis 1,000.000	50,0
		Ab 1,000.001	55,0	
<b>Negativsteuer: Rückerstattung eines Teiles der Arbeitnehmer/innenbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung<sup>2</sup></b>				
<b>Unselbständig Beschäftigte</b>	10%, höchstens 110 EUR p. a.		50%, höchstens 400 EUR p. a.	
<b>Pensionistinnen und Pensionisten</b>	Kein Anspruch		50%, höchstens 110 EUR p. a.	
	<b>in EUR</b>			
<b>Summe aus Arbeitnehmer- und Verkehrsabsetzbetrag</b>	345		400	
<b>Kinderfreibetrag</b>				
<b>Von einem Elternteil beansprucht</b>	220		440	
<b>Von beiden Elternteilen beansprucht</b>	132		300 <sup>3</sup>	
<b>Höchstbeitragsgrundlage zur Sozialversicherung</b>	4.740		4.840	

Q: Rocha-Akis (2015).

<sup>1</sup> Eine genaue Aufschlüsselung des Einkommensteuertarifs einschließlich Solidarbeitrag ist Schratzenstaller (2015B) zu entnehmen.

<sup>2</sup> Der Pendlerzuschlag wird nicht simuliert.

<sup>3</sup> Annahme zum Zeitpunkt der Erstellung der Simulation: 263 EUR. Die Änderung des Einkommensteuergesetzes § 106a, Erhöhung des Kinderfreibetrages auf 300 EUR jährlich pro Elternteil, trat mit 15.08.2015 in Kraft.

Die Ergebnisse dieser Analyse werden hier zusammengefasst:

Unter der Annahme einer vollständigen Inanspruchnahme der Negativsteuer ist nach den Simulationsergebnissen durch die Anpassung des Lohn- und Einkommensteuertarifs, die Anhebung und Ausweitung der Negativsteuer, die Anhebung des Kinderfreibetrages, die Integration des Arbeitnehmer/innenabsetzbetrages in den Verkehrsabsetzbetrag (und dessen Erhöhung) sowie die Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage in der Sozialversicherung in Summe mit einem Einnahmefall von 4,94 Mrd. EUR zu rechnen. Zu mehr als der Hälfte des Einnahmefalles (rund 56%) werden dadurch die Haushalte im oberen Drittel der äquivalenten Nettohaushaltseinkommen entlastet. 32% entfallen auf das mittlere Drittel und 12% auf das untere.

Die Nettoeinkommen steigen absolut und relativ zum Nettoeinkommen im Basisszenario sowohl mit der Höhe des Nettoindividualeinkommens als auch mit der Höhe des verfügbaren äquivalenten Haushaltseinkommens. Die relativ höchsten Nettoeinkommenszuwächse verzeichnen Haushalte im siebenten bis neunten Dezil der Verteilung der Nettohaushaltseinkommen. Während in den unteren zwei Dezilen nur wenige Haushalte begünstigt sind, da sie über ein zu geringes Einkommen verfügen, profitieren in der oberen Hälfte der Verteilung nahezu alle Haushalte von dieser Reform<sup>186</sup>.

In Rocha-Akis – Steiner – Zulehner (2016) wird untersucht, inwiefern sich der Progressions- und Umverteilungsgrad des österreichischen Steuer- und Sozialabgabensystems zwischen 2007 und 2016 geändert

hat. Um die Auswirkungen von Reformen zu isolieren, wird die Bevölkerungs-, Erwerbs- und Konsumstruktur der privaten Haushalte als konstant angenommen (Referenzjahr ist das Jahr 2010). Demnach führt die Steuerreform 2015/16 zu einem höheren Progressions- und Umverteilungsgrad der Einkommensteuer. Allerdings erhöht sich die Belastung durch Sozialbeiträge in den unteren Dezilen, während sie in den oberen Dezilen sinkt. Zudem bewirkt der starke Anstieg der Miet- und Lebensmittelpreise für die niedrigen Einkommen eine zunehmende Belastung durch indirekte Steuern. Insgesamt bleibt die Umverteilungswirkung des Abgabensystems nahezu konstant, da die reforminduzierte stärkere Progressionswirkung der Einkommensteuer durch die Abschwächung der Umverteilungswirkung durch die weitaus gewichtigeren Sozialbeiträge und indirekten Steuern aufgehoben wird.

In welchem Ausmaß sich die Umverteilungswirkung des Abgabensystems mit Einführung der Steuerreform tatsächlich geändert hat, hängt in einem nicht unwesentlichen Maß von den Änderungen in der Bevölkerungsstruktur (Alterung, Migration, Fertilität), der Erwerbsstruktur (Partizipation, Arbeitszeit) und Konsumstruktur ab. Insofern lassen sich endgültige Aussagen über die Verteilung und Umverteilung der Einkommen durch den Staat im Jahr 2016 erst in einer ex-post Evaluierung bzw. auf Basis rezenterer Daten ausmachen. Die zwischen 2010 und 2015 festgestellte schwächere Progressionswirkung der Einkommensteuer (Kapitel 4) dürfte sich durch die veränderten steuerrechtlichen Regelungen (und insbesondere durch den modifizierten Einkommensteuertarif) im Zuge der Steuerreform jedenfalls umgekehrt haben.

<sup>186</sup> Ähnliche Ergebnisse lieferten die Untersuchungen vom Österreichischen Parlament, Budgetdienst (2016).

## 15.7 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Verteilung der Bruttomarkteinkommen der privaten Haushalte in Österreich, die zwischen 2005 und 2010 deutlich ungleicher geworden ist, verharrt seitdem auf einem hohen Niveau: Die 10% einkommensstärksten Haushalte verfügten im Jahr 2015 im Durchschnitt über einen Markteinkommensanteil, der 32 Mal höher war als jener, der auf die 10% einkommenschwächsten Haushalte entfiel. Während die Spreizung der Arbeitnehmer/innenentgelte und der Vermögenseinkommen (einschließlich imputierter Mieten) zwischen 2010 und 2015 leicht zurückging, nahm die Ungleichheit im Bereich der Selbständigeneinkommen deutlich zu. Getragen war diese Entwicklung durch eine Zunahme der Konzentration an Selbständigen im unteren Drittel der Verteilung der Haushaltseinkommen.

Die monetäre Einkommensumverteilung durch Steuern, Sozialabgaben und Transfers führt dazu, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte deutlich gleichmäßiger verteilt sind als die Bruttomarkteinkommen. Der Gini-Koeffizient betrug 2015 für die Bruttomarkteinkommen 0,53 und reduzierte sich nach der monetären Umverteilung auf 0,27<sup>187</sup>. Über 60% der monetären Ungleichheitsreduktion erfolgte über die Pensionsversicherungsleistungen. Die Umverteilungswirkungen der monetären Familien-, Arbeitslosen-, Kranken-, Ausbildungsleistungen sowie der Leistungen gegen soziale Ausgrenzung und die Wohnbeihilfe trugen hingegen nur zu etwa 8% der Verringerung des Gini-Koeffizienten bei. Die bedarfsgeprüften Leistungen wie die Bedarfsorientierte Mindestsicherung lösen zwar eine starke Umverteilungswirkung von

oben nach unten aus, haben aufgrund ihres geringen Volumens aber einen untergeordneten Einfluss auf die Gesamteinkommensverteilung. Zwischen 2010 und 2015 ist im Bereich der Arbeitslosenversicherungs-, der ausbildungsbezogenen Leistungen und der Wohnbeihilfe eine etwas stärkere Konzentration auf die unteren Dezile zu verzeichnen. Auffallend ist der deutlich höhere Anteil an Notstandshilfebeziehenden in den Haushalten im unteren Einkommensdrittel, der mit der Verfestigung der Arbeitslosigkeit in Zusammenhang steht.

Das österreichische Abgabensystem hängt im internationalen Vergleich in einem sehr hohen Ausmaß von an den Faktor Arbeit gekoppelten Sozialabgaben ab. Einkommensteuern und vermögensbezogene Steuern, die deutlich zur Progressivität des Abgabensystems beitragen, spielen hingegen eine weitaus geringere Rolle. Zwischen 2010 und 2015 hat sich die Progressionswirkung der Einkommensteuer verringert. Gleichzeitig hat sich der Beitrag zum Sozialbeitrags- und Einkommensteueraufkommen der Haushalte im unteren und mittleren Einkommensdrittel erhöht. Etwa 30% der Ungleichheitsreduktion ist auf die Umverteilung über das Einkommensteuer- und Sozialabgabensystem zurückzuführen. Allerdings konnten die stark regressiven indirekten Steuern, die einen hohen Anteil am Abgabenaufkommen ausmachen, in diesem Beitrag nicht berücksichtigt werden, da keine rezenten Konsumerhebungsdaten verfügbar sind. Die Umverteilungswirkung durch das Abgabensystem wird in dieser Hinsicht folglich überschätzt.

Neuere Untersuchungen zeigen, dass das Einkommensteuersystem durch die Tarifänderungen im Zuge der jüngsten Steuerreform deutlich progressiver ge-

<sup>187</sup> Würden neben den monetären Transfers auch die sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Sachleistungen (wie die Gesundheits- und Bildungsleistungen) in die Analyse einbezogen, würde das Ausmaß der gemessenen Umverteilung höher ausfallen.

worden ist<sup>188</sup>. Die Umverteilungswirkung durch die gewichtigeren Sozialbeiträge hat sich hingegen in den letzten Jahren abgeschwächt, während die Belastung durch indirekte Steuern in den einkommensschwächeren Haushalten gestiegen ist. Diese Ergebnisse basieren auf der Annahme einer konstanten Bevölkerungs-, Erwerbs- und Konsumstruktur (Basisjahr 2010). Da die tatsächliche Belastung durch Abgaben maßgeblich von den Veränderungen in diesen Strukturen abhängt, ist der Einfluss der Reform auf die tatsächliche Verteilung der Steuerlast eine empirische Frage, die sich nur auf der Grundlage aktueller Daten beantworten lässt. Die zwischen 2010 und 2015 festgestellte schwächere Progressionswirkung der Einkommensteuer (Kapitel 4) dürfte sich durch die veränderten steuerrechtlichen Regelungen (und insbesondere durch den modifizierten Einkommensteuertarif) im Zuge der Steuerreform jedenfalls umgekehrt haben.

Insgesamt zeigen die Auswertungen, dass die Verteilung der Bruttomarkteinkommen der privaten Haushalte im Jahr 2015 tendenziell etwas ungleicher, die verfügbaren Einkommen hingegen etwas gleichmäßiger verteilt waren als im Jahr 2010. Auch im internationalen Vergleich sticht Österreich dadurch hervor, dass die Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen in den Krisenjahren 2010-2015 nicht ungleicher geworden ist. Im Gegenteil gehört Österreich gemeinsam mit Großbritannien, Belgien und Finnland zu jenen Ländern, in denen der Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen zwischen 2010 und 2015 gefallen ist. Der Befund einer relativ stabilen Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen erlaubt allerdings keine Aussagen über die Veränderung der relativen Wohlstandssituation aus Sicht der privaten

Haushalte. Neuere Untersuchungen zeigen, dass sich die Verbraucherpreise für Haushalte mit unterschiedlichen Merkmalen unterschiedlich entwickeln<sup>189</sup> und Preissteigerungen in wichtigen Ausgabenkategorien wie etwa Wohnungsmieten und Nahrungsmittel einkommensschwächere Haushalte überdurchschnittlich stark belasten<sup>190</sup>. Insofern nimmt die individuelle Kaufkraft einen großen Stellenwert für die wahrgenommene relative Wohlstandssituation der Haushalte ein und sollte in weiteren Studien komplementär aufgegriffen werden.

### 15.8 Literaturhinweise

BMASK, „Sozialausgaben in Österreich“, Sozialbericht 2015-2016, Wien 2016.

Eckerstorfer, P., Halak, J., Kapeller, J., Schütz, B., Springholz, F., Wildauer, R., „Bestände und Verteilung der Vermögen in Österreich“, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 122, 2013.

Fessler, P., Fritzer, F., „The distribution of inflation among Austrian households“, Monetary policy & the economy : quarterly review of economic policy, 3, S. 12-28, Wien, Österreichische Nationalbank, 2013.

Fessler, P., Lindner, P., Schürz, M., „Eurosystem Household Finance and Consumption Survey 2014“. First results for Austria (second wave), Monetary Policy & the Economy Q2/16, Österreichische Nationalbank, 2016.

Guger, A., Umverteilung durch öffentliche Haushalte in Österreich, Wien, 1996.

<sup>188</sup> Rocha-Akis-Steiner-Zulehner (2016).

<sup>189</sup> Fessler und Fritzer (2013) zeigen u.a. einen negativen Zusammenhang zwischen Einkommen und Inflation auf der Haushaltsebene.

<sup>190</sup> Rocha-Akis-Steiner-Zulehner (2016).

- Guger, A., Umverteilung durch öffentliche Haushalte in Österreich, Wien, 1987.
- Guger, A., Agwi, M., Buxbaum, A., Festl, E., Knittler, K., Halsmayer, V., Pitlik, H., Sturn, S., Wüger, M., Umverteilung durch den Staat in Österreich, Wien, 2009.
- Guger, A., Rocha-Akis, S., „Umverteilung durch den Staat in Österreich“, WIFO-Monatsberichte, 2016, 89(5), S. 347-359 .
- Humer, S., Moser, M., Schnetzer, M., Ertl, M., Kilic, A., „Einkommensverteilung in Österreich. Eine komparative Analyse von Mikrodatensätzen“. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 125, 2014.
- Melguizo, Á., González-Páramo, J.M., “Who bears labour taxes and social contributions? A meta-analysis approach”, SERIEs 4(3), S.247-271, 2013.
- Österreichisches Parlament Budgetdienst, „Analyse Steuerreform 2015/2016“, Juni 2015.
- Rocha-Akis, S., „Verteilungseffekte der Einkommensteuerreform 2015/16“, WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(5), S. 387-398.
- Rocha-Akis, S., Bierbaumer-Polly, J., Einsiedl, M., Guger, A., Klien, M., Leoni, Th., Lutz, H., Mayrhuber, Ch., Umverteilung durch die öffentlichen Haushalte in Österreich, Wien, 2016.
- Rocha-Akis, S., Steiner, V., Zulehner, C., Verteilungswirkungen des österreichischen Steuer- und Sozialabgabensystems 2007/2016, WIFO-Monatsberichte, 2016, 89(5), S. 347-359.
- Schratzenstaller, M. (2015A), „Familienpolitische Leistungen in Österreich im Überblick“, WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(3), S. 185-194.
- Schratzenstaller, M. (2015B), „Steuerreform 2015/16 – Maßnahmen und Gesamteinschätzung“, WIFO-Monatsbericht, 2015, 88(59), S. 371-385.
- Statistik Austria, Methodenbericht EU-SILC 2012, Wien, 2013.
- Statistik Austria, Tabellenband EU-SILC 2011 VWD Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, Wien, 2014.
- Steiner, V., Wakolbinger, F., „Steuerreform 2015/16 und kalte Progression 2010/2019. Eine Mikrosimulation für Österreich“, WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(5), S. 425-430.

## Anhang – Methode und Datengrundlage

Der Analyse liegen die Verwaltungsdatensätze des EU-SILC (European Union Survey on Income and Living Conditions) der Wellen 2011 und 2014 zugrunde. Diese enthalten neben Informationen über die Zusammensetzung der Haushalte sowie soziodemographische Merkmale auch monatsbezogene Daten des Vorjahres zu der Hauptaktivität (unselbständige und selbständige Erwerbstätigkeit, Pension, Arbeitslosigkeit, Elternkarenz, etc.) und den Vorjahreseinkommen aus unterschiedlichen Quellen einschließlich öffentlicher Geldleistungen der einzelnen Haushaltsmitglieder bzw. des Haushalts (Statistik Austria, 2014). Die Abgaben werden mit dem WIFO-Mikrosimulationsmodell, das die wichtigsten Bestandteile des österreichischen Steuer-, Sozialversicherungs- und Transfersystems umfasst, für die jeweiligen Jahre berechnet. Neben den Sozialabgaben für unterschiedliche Berufs- und Altersgruppen wird auf dieser Basis für jede Person im Datensatz die Lohn- und Einkommensteuerschuld auf der Grundlage der relevanten steuer- und sozialrechtlichen Regelungen simuliert<sup>191</sup>. Im vorliegenden Beitrag wird der Großteil der monetären Sozialtransfers aus EU-SILC entnommen<sup>192</sup>. Die Einkünfte aus Zinsen und Dividenden werden durch Matching mit den

letzter verfügbaren Daten des HFCS (Household Finance and Consumption Survey) in den Datensatz integriert.

Das verfügbare Nettoeinkommen der einzelnen Personen wird somit für jede Beobachtung in der Stichprobe unter Berücksichtigung des individuellen Haushaltskontexts (Partnereinkommen, Zahl und Alter der Kinder usw.) berechnet<sup>193</sup>. Im Allgemeinen beziehen sich die verwendeten Einkommensdaten jeweils auf das Vorjahr, also auf die Jahre 2010 und 2013. Für die Untersuchung des Jahres 2015 werden die Einkommen und die Sozialleistungen fortgeschrieben<sup>194</sup>. Auf dieser Basis werden die Abgaben für das Jahr 2015 mit dem WIFO-Mikrosimulationsmodell berechnet.

Im Hinblick auf die Abgabenbelastung wird angenommen, dass die Einkommensteuer und die Arbeitnehmer/innenbeiträge zur Sozialversicherung von den Unselbständigen, denen sie zugerechnet werden, getragen werden. Auch hinsichtlich der Arbeitgeber/innenbeiträge zur Sozialversicherung wird, wie in der VGR üblich, eine Überwälzung auf die Arbeitseinkommen unterstellt. Empirische Untersuchungen zur tatsächlichen ökonomischen Inzidenz von Sozialversicherungsbeiträgen liefern keine eindeutigen Ergebnisse<sup>195</sup>.

<sup>191</sup> Unter die Sozialbeiträge fallen die arbeitnehmer/innen- und arbeitgeber/innenseitige Pensions-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung, der Wohnbauförderungsbeitrag, die Arbeiterkammerumlage, der IESG-Zuschlag (Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz), der Dienstgeber- und Dienstgeberinnenbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds, der Zuschlag zum Dienstgeber- und Dienstgeberinnenbeitrag, die Kommunalsteuer und der Beitrag zur betrieblichen Mitarbeitervorsorgekasse. Für die Simulation der Einkommensteuer werden neben dem Einkommensteuertarif und den diversen Steuerabsetz- und -freibeträgen die Negativsteuer, die Solidarabgabe, die Werbekostenpauschale, die Sonderausgabenpauschale sowie die steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten berücksichtigt. Die Steuer auf Kapitalerträge (Kapitalertragsteuer) geht ebenfalls in die Simulation ein.

<sup>192</sup> Lediglich die Familienbeihilfe wird simuliert.

<sup>193</sup> Geringfügige Abweichungen zwischen den hier dargestellten Auswertungen für das Jahr 2010 und jenen in der letzten WIFO-Umverteilungsstudie (Rocha-Akis et al., 2016A) gehen auf methodische Unterschiede zurück (s. Rocha-Akis-Steiner-Zulehner (2016B)).

<sup>194</sup> Hierzu werden die nach Dezilen verfügbaren Daten aus dem Einkommensbericht von Statistik Austria, die VGR, die Nichtfinanziellen Sektorkonten von Statistik Austria, EU-SILC und die WIFO-Konjunkturprognose als Quellen herangezogen.

<sup>195</sup> In einer Meta-Analyse aus 52 empirischen Untersuchungen kommen Melguizo und González-Páramo (2013) zu dem Schluss, dass die Arbeitgeber/innen in OECD-Ländern langfristig zwischen 66% und 90% der lohnbezogenen Abgaben in Form geringerer Löhne auf die Arbeitnehmer/innen überwälzen.



Für die Einteilung der Haushalte in Einkommensgruppen wird, ähnlich wie in Rocha-Akis et al. (2016) und Rocha-Akis – Steiner – Zulehner (2016), ein breites Einkommenskonzept, nämlich das des Bruttogesamteinkommens, verwendet. Dieses setzt sich für jeden Haushalt aus der Summe der Bruttomarkteinkommen (Arbeitnehmer/innenentgelte einschließlich des Arbeitgeber/innenanteils zur Sozialversicherung, Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit, Vermögenseinkommen einschließlich des Mietwerts des selbstgenutzten Eigentums (imputierte Mieten), den öffentlichen monetären Transfers sowie den Renten aus privaten Systemen und den privaten Transfers zwischen privaten Haushalten zusammen. Zu den öffentlichen monetären Transfers zählen, neben den Alterssicherungsleistungen, die Familien-, Arbeitslosen-, Kranken-, Ausbildungs-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenleistungen, sowie die Leistungen gegen soziale Ausgrenzung und die Wohnungsbeihilfe. Die Transfers zwischen privaten Haushalten setzen sich aus Unterhaltszahlungen und sonstigen privaten Transfers zusammen. Um Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, werden diese Haushaltseinkommen mit der international üblichen EU-Skala (oder neuen OECD-Skala) gewichtet<sup>196</sup> bzw. äquivalisiert und als bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen interpretiert. Im Folgenden werden die Verteilungen nach Dezilen und Terzilen des Bruttogesamtäquivalenzeinkommens der privaten Haushalte ausgewiesen<sup>197</sup>.

Die Umverteilungsanalyse unterscheidet sich von den großen bisherigen Umverteilungsstudien des WIFO (Guger, 1987, 1996, Guger et al., 2009, Rocha-Akis et al., 2016) – abgesehen von dem deutlich geringeren De-

tailgrad – auch dahingehend, dass die indirekten Steuern ausgeblendet werden, da die letzten verfügbaren Daten der Konsumerhebung aus dem Jahr 2009/10 stammen und daher keine neuere Information über das Konsumverhalten der privaten Haushalte vorliegt. Zudem wird die staatliche Umverteilung durch nicht-monetäre Sozialleistungen nicht berücksichtigt. Da die Konsumsteuern zu den aufkommensstärksten Steuern zählen, und die Haushalte mit geringen Einkommen überproportional belasten, wird die Umverteilungswirkung entsprechend unterschätzt. Andererseits entfällt der Großteil der sozialen Sachleistungen auf die Bereiche Gesundheit (z.B. stationäre und ambulante Gesundheitsversorgung), Bildung (z.B. Besuch einer Bildungseinrichtung) und Familie (z.B. institutionelle Kinderbetreuung) und kommt allen Haushalten unabhängig von ihren Einkommen zugute, sodass deren relative Bedeutung für Haushalte mit niedrigen Einkommen deutlich höher ist als für Haushalte mit hohem Einkommen (ebenda).

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass bei der Interpretation von geringen Anteilsverschiebungen zwischen den Quantilen Vorsicht geboten ist, da es sich zum einen bei den EU-SILC Daten um freiwillige Haushaltsbefragungen und zum anderen bei den Auswertungen für 2015 um hochgerechnete Daten auf Basis des Einkommensjahres 2013 handelt, denen die Annahme einer zwischen 2013 und 2015 konstanten Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur zugrunde liegt. Im vorliegenden Beitrag werden insbesondere die Unterschiede zwischen 2010 und 2015 hervorgehoben. Detaillierte Beschreibungen der diversen Verteilungen für das Jahr 2010 finden sich in Rocha-Akis et al. (2016) und Rocha-Akis – Steiner – Zulehner (2016).

<sup>196</sup> Demnach erhält die erste Person im Haushalt ein Gewicht von eins, weitere Personen im Alter von 14 Jahren oder darüber 0,5 und Personen unter 14 Jahren ein Gewicht von 0,3.

<sup>197</sup> Die Haushalte werden nach der Höhe ihrer Bruttogesamtäquivalenzeinkommen aufsteigend sortiert und in zehn (Dezile) bzw. drei (Terzile) gleich große Gruppen geteilt.

# 15. MONETÄRE EINKOMMENSUMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT 2010 UND 2015

## Übersicht A: Verteilung der Personen nach Einkommensart

Dezil	Personen mit Bezug von ...											
	Unselbständigen-einkommen			Selbständigen-einkommen			Einkommen-steuerpflichtigem Einkommen			Arbeitslosen-leistungen		
	2010	2013	Diff.	2010	2013	Diff.	2010	2013	Diff.	2010	2013	Diff.
	in %	in PP		in %	in PP		in %	in PP		in %	in PP	
1.	4,6	3,8	-0,7	3,7	6,8	+3,2	0,4	1,0	+0,6	15,8	17,0	+1,1
2.	5,0	5,1	+0,2	5,9	6,4	+0,5	3,7	4,9	+1,3	15,6	14,3	-1,3
3.	6,0	5,6	-0,4	8,2	8,5	+0,3	8,9	9,7	+0,8	11,8	11,5	-0,3
4.	7,6	8,1	+0,5	10,3	9,5	-0,8	11,1	11,1	+0,0	11,1	11,0	-0,1
5.	9,6	9,5	-0,1	11,2	9,5	-1,6	11,2	11,1	-0,1	10,3	11,1	+0,8
6.	11,2	11,0	-0,2	11,0	10,1	-0,9	11,8	12,0	+0,1	10,1	11,0	+1,0
7.	12,8	13,9	+1,0	10,7	11,4	+0,7	12,6	12,0	-0,6	8,7	9,7	+1,0
8.	14,2	13,7	-0,4	10,4	10,5	+0,0	13,2	12,7	-0,5	7,9	6,0	-1,9
9.	14,5	15,1	+0,6	11,7	11,7	+0,0	13,4	12,9	-0,5	5,0	4,7	-0,4
10.	14,6	14,1	-0,5	17,0	15,6	-1,4	13,7	12,7	-1,1	3,6	3,6	+0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>		<b>100,0</b>	<b>100,0</b>		<b>100,0</b>	<b>100,0</b>		<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	
<b>Terzil</b>												
1.	18,0	17,2	-0,7	21,2	24,9	+3,7	16,5	19,0	+2,5	47,2	47,6	+0,4
2.	34,5	35,3	+0,8	36,5	33,9	-2,6	38,9	38,5	-0,4	34,2	35,0	+0,8
3.	47,5	47,5	-0,0	42,3	41,3	-1,1	44,5	42,5	-2,1	18,6	17,4	-1,2
<b>Insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>		<b>100,0</b>	<b>100,0</b>		<b>100,0</b>	<b>100,0</b>		<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	

Q: EU-SILC, WIFO-Berechnungen.

BMS steht für Bedarfsorientierte Mindestsicherung.

Diff. in PP steht für Differenz zwischen 2010 und 2013 in Prozentpunkten.

„...“ ... niedrige Fallzahl in der Stichprobe.

Dezile und Terzile des Bruttoäquivalenzzesamteinkommens der privaten Haushalte (Summe aus Markteinkommen (Erwerbs- und Vermögenseinkommen) und staatlichen und privaten Transfers).

Einkommensteuerpflichtige Einkommen sind jährliche zu versteuernde Einkommen über dem Grundfreibetrag von 11.000 EUR.

## 15. MONETÄRE EINKOMMENSUMVERTEILUNG DURCH DEN STAAT 2010 UND 2015

Personen mit Bezug von ...												Kinder, für die Familienbeihilfe bezogen wird									
Arbeitslosenleistungen (Fortsetzung)						BMS und Sozialhilfe			Pensions- leistungen			Kinder bis 18 Jahre			Kinder bis 23 Jahre						
Davon Arbeits- losengeld			Davon Not- standhilfe																		
2010	2013	Diff.	2010	2013	Diff.	2010	2013	Diff.	2010	2013	Diff.	2010	2013	Diff.	2010	2013	Diff.	2010	2013	Diff.	
in %		in PP	in %		in PP	in %		in PP	in %		in PP	in %		in PP	in %		in PP	in %		in PP	
12,0	12,5	+0,5	30,8	35,1	+4,3	38,4	36,3	-2,1	6,0	7,7	+1,6	9,4	8,9	-0,5	8,0	7,8	-0,2				
13,8	12,9	-0,9	24,3	21,2	-3,1	31,7	26,8	-4,9	12,4	11,5	-0,9	9,8	10,4	+0,6	8,3	9,3	+1,0				
11,6	10,6	-1,0	11,2	15,3	+4,1	12,5	16,1	+3,6	14,4	14,8	+0,5	9,9	10,6	+0,8	9,2	9,6	+0,3				
12,2	12,3	+0,1	8,3	8,3	-0,0	.	.		13,8	13,8	-0,0	11,1	11,8	+0,7	10,9	11,6	+0,7				
11,0	11,2	+0,1	8,9	7,3	-1,6	.	.		12,0	13,2	+1,2	13,4	13,1	-0,3	12,6	12,1	-0,5				
10,4	12,9	+2,4	6,9	5,0	-1,9	.	.		11,7	10,2	-1,5	12,8	13,0	+0,2	12,5	12,3	-0,2				
10,0	11,0	+1,0	.	.		.	.		9,2	9,4	+0,2	10,4	10,5	+0,2	11,2	12,0	+0,8				
9,2	6,6	-2,6	.	.		.	.		7,7	7,9	+0,3	8,7	9,5	+0,9	10,4	10,4	+0,0				
5,3	5,6	+0,3	.	.		.	.		7,0	5,7	-1,2	8,2	7,1	-1,1	9,0	9,2	+0,2				
4,3	4,4	+0,1	.	.		.	.		5,8	5,7	-0,2	6,4	5,0	-1,4	7,8	5,7	-2,1				
<b>100,0</b>	<b>100,0</b>		<b>90,3</b>	<b>92,1</b>		<b>82,6</b>	<b>79,2</b>		<b>100,0</b>	<b>100,0</b>		<b>100,0</b>	<b>100,0</b>		<b>100,0</b>	<b>100,0</b>					
41,8	41,2	-0,6	68,9	76,0	+7,1	84,6	82,3	-2,3	37,2	38,2	+1,0	32,6	34,4	+1,8	28,9	30,8	+1,9				
37,1	38,8	+1,7	24,3	18,8	-5,5	9,2	11,4	+2,2	39,7	39,8	+0,0	40,7	40,3	-0,4	40,1	40,1	+0,0				
21,1	20,0	-1,1	6,8	5,2	-1,6	6,2	6,3	+0,1	23,1	22,1	-1,0	26,7	25,3	-1,4	31,0	29,1	-1,9				
<b>100,0</b>	<b>100,0</b>		<b>100,0</b>	<b>100,0</b>		<b>100,0</b>	<b>100,0</b>		<b>100,0</b>	<b>100,0</b>		<b>100,0</b>	<b>100,0</b>		<b>100,0</b>	<b>100,0</b>					

